

30. August 2022, PM, Bundesvorstand - AG SPD 60 plus

Übergewinne besteuern – Arme zielgenau entlasten

Die AG SPD 60 plus fordert die Einführung einer fairen Übergewinnsteuer, die Abschaffung der ungerechten Mehrwertsteuersenkung und statt der Gasumlage zur Rettung einiger Energiekonzerne, die von allen Gas-Verbraucherinnen und Verbrauchern zu bezahlen ist, die Beteiligung des Staates an den insolvenzgefährdeten Unternehmen. Der Staat ist zwar nicht der bessere Unternehmer, aber er macht seine Arbeit besser als so mancher Schönwettermanager.

Schon vergessen? In der schwarz-gelben Koalition hatte die FDP die Senkung des Mehrwertsteuersatz auf Hotel-Übernachtungen von 19 auf 7 Prozent erzwungen. Das war 2009. Vom 1. Oktober 2022 bis wahrscheinlich zum 31. März 2024 wird die Mehrwertsteuer auf den gesamten Gasverbrauch von 19 Prozent auf 7 Prozent gesenkt. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz soll so lange gelten, wie die Gasbeschaffungs-Umlage erhoben wird. Der Gaspreis wird für die Kunden so stark sinken, wie damals die Preise für Hotel-Übernachtungen gesunken sind: um null Prozent.

Ist es nicht absurd? Da wird zunächst die Gasumlage von allen Gas-Verbraucherinnen und Verbrauchern erhoben (2,4 Cent/KWh), um damit die unter den steigenden Erzeugerpreisen leidenden Gaskonzerne, beispielsweise Gazprom Germania und Uniper, zu retten. Gleichzeitig wird die Mehrwertsteuer auf den Gasverbrauch gesenkt. Dass Konzernmanager in guten Zeiten Gewinne so verlagern, dass der Staat möglichst wenig Steuern einnimmt, in schlechten Zeiten aber möglichst schnell nach dem Staat rufen, zeigt, dass vorausschauende und nachhaltige Konzernpolitik Mangelware ist. Es wäre verwunderlich, wenn es bei den Energiekonzernen völlig anders wäre.

Ist es nicht absurd, dass keiner weiß, ob die Steuersenkung überhaupt an die Gasabnehmer weitergegeben wird, oder ob die gesenkte Mehrwertsteuer nicht einfach die Gewinne der Konzerne steigert, weil sie (wie ehemals die Hotels) gar nicht daran denken, die Preise zu senken. Die Gas-Kunden müssen Gas kaufen oder frieren.

Soweit sie doch weitergegeben wird, ist die Mehrwertsteuersenkung nicht zielgenau: sie entlastet Haushalte mit hohem Einkommen sogar stärker, weil

dort im Regelfall mehr Gas verbraucht wird als in Haushalten mit niedrigerem Einkommen. Die Absurdität wird auch dort deutlich, wo sich die Mehrwertsteuersenkung im politischen Zielkonflikt verheddert: Der Preis ist die wichtigste Komponente, um Einsparanreize zu erzeugen – denn schließlich wollen wir den Verbrauch von fossilen Energieträgern doch senken. Mit Blick auf das Klima müssen wir die fossilen Energieträger schonen oder am besten, in der Erde lassen. Die Ursache für diese Zwickmühle ist schnell beschrieben: wir waren zu langsam im Umstieg auf erneuerbare Energien.

Es gibt also ein wirklich schlechtes Instrument, um die hohen Gaspreise sozial gerecht abzufedern und gleichzeitig die Konzerne und Klima zu retten – die Mehrwertsteuersenkung.

Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus schlägt statt der MwSt-Senkung vor: Zur Rettung der durch steigende Einkaufspreise insolvenzgefährdeten Konzerne beteiligt sich der Staat an diesen Unternehmen – in Analogie zur Rettung von Unternehmen in der Finanzkrise 2007/2008.

Zur Rettung der armen und armutsgefährdeten Haushalte gibt der Staat zielgenaue Zuschüsse bzw. Transferleistungen. Professor Achim Truger, Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, schlägt ein „sozial gestaffeltes Energiegeld“ vor.

Ist es nicht absurd, dass der Staat einerseits Unternehmen durch eine Kundenumlage retten muss, gleichzeitig diese Kunden der Unternehmen unterstützen muss und andererseits Konzerne, die in Folge der Krisen exorbitanten Gewinnsteigerungen haben, auf die Besteuerung dieser Übergewinne verzichtet? Doch – das ist absurd, deshalb fordern wir dringend, eine Übergewinnsteuer einzuführen, denn für die Krisengewinnler sind Krisen gute Zeiten.

Beispielrechnung:

In den vergangenen Jahren lag der Gewinn bei einer Milliarde Euro. Bei 30 % Körperschaft und Gewerbesteuer, bleiben dem Konzern 700 Millionen Euro Gewinn nach Steuern.

Durch die gegenwärtigen Krisen, bei einigen Konzernen durch die Mehrwertsteuersenkung verstärkt, steigen die Gewinne ohne eigene Leistung auf zwei Milliarden Euro (Winfall-Profit). Rechnen wir mit einer

Krisengewinnler-Übergewinn-Steuer von 30 % plus 25 % (wie z.B. in Italien)
bleiben dem Konzern 900 Millionen Euro Gewinn nach Steuern..